

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 189.

Freitag, den 14. August 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Revolution!

Der technische Fortschritt drängt zur Auflösung der heutigen Gesellschafts-„Ordnung“, bedingt die Neuorganisation der Arbeit auf sozialistischer Grundlage. Bei jeder Vervollkommnung der Arbeitsinstrumente (Maschinen u. s. w.) rücken wir dieser Neuorganisation näher. Denn je höher die Maschinenindustrie sich schwingt, um so größer wird die Zahl untätiger Arbeitskräfte, desto mehr schwillt die hungernde Reservearmee an. Und was soll werden die Hunderttausende wenigen Kapitalisten zu Liebe zu Tode hungern? — Als ein Schritt zur Umgestaltung des Produktionssystems ist z. B. zu betrachten die von uns schon einmal kurz erwähnte Erfindung einer Maschine, welche eine große Revolution in der Bündholzfabrikation veranlaßt. Diese Maschine ist amerikanischer Erfindung und ein wahres Wunderwerk der modernen Technik: An einem Ende werden die Holzstämmchen hineingeschoben und am anderen kommen die Bündholzchen in Schachteln heraus. Die Maschine besteht aus vier Theilen, deren einer das Holz in lange Stäbe zerschneidet, der zweite sie preßt, während der dritte sie mit Phosphor versieht. Die Bündholzchen gehen durch einen Trocken-Apparat in den vierten und letzten Theil der Maschine, wo sie automatisch in die Einfüge der Holzschachteln gelegt werden. Die Phosphormasse gelangt aus dem Laboratorium durch Röhren direkt nach der Maschine, die überdies vollständig mit einem Glasverschluß und einem Ventilapparat versehen ist, so daß keine giftigen Ausdünstungen mehr zu befürchten sind. Eine dieser Maschinen leistet die Arbeit von etwa 100 Arbeitern und es würden etwa 22 Maschinen genügen zur Deckung des ganzen Bedarfs für Frankreich, wie z. B. der französische Finanzminister ausrechnete. Derselbe hatte auch konstatiert, daß nach Einführung der Maschinen in der französischen Staatsmanufaktur von den daselbst beschäftigten 2500 Bündholzfabrikanten (Arbeiter) etwa 1500 brotlos werden.

Vom hygienischen Standpunkt aus ist jene Maschine mit Freuden zu begrüßen. Die bisherige Produktionsart war (und ist auch noch) eine menschenmordende. Die giftigen Ausdünstungen führen die gräßlichsten Erkrankungen — namentlich der Mundhöhle und der Athmungsorgane — herbei. Schauerlich lesen sich die Berichte über die gesundheitlichen Verhältnissen der in der Schweiz mit der Fabrikation von Bündholzchen beschäftigten Bevölkerung. Das ganze Elend in dieser Industrie kam in der zweiten Hälfte des Jahres 1895 ans Tageslicht, als in der Schweiz die Einführung des Bündholzchen-Monopols zur Tagesordnung stand und das Schweizer Volk sein Votum abgeben sollte. Die Fabrikation steht daselbst auf einer sehr niedrigen Stufe; nicht die Groß-, sondern Klein- und Hausindustrie ist vorherrschend. Die Bevölkerung jener Fabrikationsdistrikte sieht früh dahin, schon im Mutterleib wird die künftige Generation nahezu vergiftet, Kinderarbeit ruiniert dieselbe noch vollends. Die Schutzvorrichtungen vermögen nicht, die Produzenten vor den giftigen Ausdünstungen zu schützen. Doch in der Besorgnis um ihre eigene Existenz stimmten jene Produzenten gegen das Monopol und trugen zum Falle desselben ihr großes Theil bei.

Aber was hat es genützt? Nur kurze Zeit wird es noch währen bis die Maschine auch in jenes Land einbezogen ist und die Männer, Frauen und Kinder aus den Giftkesseln und Mördergruben jagt. Diese Maschine verhütet es, daß Tausende Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder in Folge giftiger Ausdünstungen zu Tode gemartert werden; was alle hygienischen Schutzvorrichtungen nicht fertig brachten, vermag diese Maschine. Das ist der Segen! Doch bei dem heute herrschenden privatkapitalistischen Produktionssystem wird dieser Segen zum Fluch: Der Nutzen dieser Maschine kommt nicht der Gesamtheit, dem ganzen Volke zu Gute, sondern nur einzelnen Personen, denen die vermög. „ihres“ (?) Kapitals die Maschine kaufen und in ihrem Privatinteresse produzieren lassen.

Von 1000 bisher in der Bündholzfabrikation thätig gewesenen Arbeitskräften werden gut 700 überflüssig, auf die Landstraße geworfen, zur hungernden Reservearmee getrieben; sie erhalten nichts von dem Gewinn, den jene Maschinen erzeugen, ihn erhalten nur einzelne

Personen, die Besitzer der Maschinen. — Das ist der Fluch des Privatkapitals, des privatkapitalistischen Produktionssystems!

Die Maschinen sollten die Aufgabe haben, die Menschheit von der Arbeit zu befreien, ihr Gelegenheit schaffen zum Genuße der Kulturgüter, zur Hebung auf eine hohe Geistesstufe, zur Förderung von Wissenschaft und Kunst. Mit der Vervollkommnung der Maschinenproduktion sollte eine stets fortschreitende Verkürzung der Arbeit obwalten, denn je mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, um so weniger lange brauchen die Menschen in den Fabriken, in Handelshäusern, auf Bauplätzen u. s. w. zu arbeiten. Doch all dies gestattet das heute herrschende Privatkapital nicht, dessen Tendenz nur ist: Anhäufung in einzelne Hände, und, fügen wir hinzu, auf Kosten einer hungernden Volksmasse. Diese letztere braucht nicht zu hungern, wenn die Produktionsmittel, der Grund und Boden, die Rohstoffe und Maschinen u. s. w. ihr Eigentum, d. h. Gemeintheigentum des Volkes wäre. Wenn das gesammte Volk die Produktion in Händen hat, dann kann es — unter Zuhilfenahme der Statistik — die Produktion regeln; denn es weiß, was es braucht, welchen Umfang die Produktion nehmen darf, um Ueberschüsse zu verhindern oder Mangel an Gütern eintreten zu lassen — von einer Unterkonsumtion wird dann nicht mehr die Rede sein, denn es giebt alsdann keine Kapitalisten mehr, die das Volk ausbeuten und hungern lassen.

Wir haben jene eine Maschine nur herausgegriffen, um die Widersinnigkeit der privatkapitalistischen Produktionsart und die Nothwendigkeit der gesellschaftlichen Produktion zu zeigen. Wir hätten ebensogut auch die Segmaschine oder die neuen Erfindungen in der Textilindustrie u. A. anführen können. Die technische Wissenschaft wird in der heutigen Gesellschaft so lange keinen Stillstand erleiden, als das Großkapital durch die Erfindungen Profite erzielen und die Produktion die Erfindungen noch ermöglicht.

Doch die Zeit rückt n her, da diese Möglichkeit nicht mehr geboten wird. Schon heute thürmt sich das Elend in Folge Arbeitslosigkeit und Ausbeutung; schon heute stockt gewaltig die Produktion, da das besitzlose Volk nichts kaufen, nichts konsumieren kan. Nur fort so auf dem Gebiete der Technik, und die Zeit des Stillstandes der Produktion ist nahe da — und mit ihm der Zeitpunkt der Neuorganisation der Arbeit. Oder sollte die besitzende Klasse sich dann durch einen Menschen mordenden, Kulturgüter vernichtenden Krieg „retten“ wollen? Würde diese Rettung gelingen? Wir möchten es sehr bezweifeln.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für den Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland ist Genosse Reus von der Kreisconferenz unserer Partei einstimmig als Kandidat aufgestellt worden.

Ein Stimmliches Organ gegen den Kriegsminister. Im blinden Wüthen gegen die Sozialdemokratie machen die Gegner manchmal die wunderbarsten Sprünge und haben selbst mit der Regierung, die ihnen so sehr zu Willen ist, wegen ganz selbstverständlich sein sollender Maßnahmen, nur weil sie fürchten, daß die Sozialdemokratie daraus Vortheil ziehen könne. So ereifert sich jetzt die von Herrn Stumm unterstützte „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ darüber, daß gewisse Behörden und staatliche Betriebe bei Festsetzung der Arbeitszeit für die von ihnen beschäftigten Arbeiter „unter das wünschenswerthe Maß“ der Arbeitszeit herantreten und „der sozialdemokratischen Forderung eines achtstündigen Arbeitstages genüge leisten“ wollen. Schrecklich! Es braucht etwas nur mit auf dem Programm der sozialdemokratischen Partei zu stehen, um die genannte Korrespondenz sofort dagegen auf den Plan zu rufen. So soll die Einführung eines solchen achtstündigen Arbeitstages in den Artillerie-Werkstätten in Spandau angeordnet worden sein, nachdem in anderen hiesigen Staatsbetrieben die so verkürzte Arbeitszeit bereits früher eingeführt ist. Das Blatt meint selbst, daß diese Verkürzung zunächst nur die Folge einer verminderten Betriebsthatigkeit ist. Man wolle wahrscheinlich die einmal angestellten Arbeiter auch während einer Zeit schwächeren Bedarfs für die Armee nicht entlassen. Das mag sich ja wohl auch so verhalten, und man sollte gar

nicht meinen, daß dies die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ beunruhigen könnte. Sie hat aber fabelhafte Angst, die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ könnte dadurch gereizt werden, da sie nicht weiß, ob diese Verkürzung der Arbeitszeit auch eine entsprechende Lohnkürzung zur Folge gehabt hat. Es wäre doch zu schrecklich, wenn dem nicht so wäre! Sie wünscht daher, daß sowohl das eine, als das andere, die Kürzung der Arbeitsdauer wie des Lohnes, von Seiten der Militärverwaltung in Gründen und Absichten öffentlich klargestellt würde. Geschehe das nicht, so würde man einer irrtümlichen Auffassung und demgemäß einer „absichtlichen Ausbeutung jener Maßnahmen durch die Sozialdemokratie“ Thür und Thor öffnen.

Hier wird also der preussischen Militärverwaltung der Vorwurf gemacht, sie sei auf dem Wege, die Geschäfte der Sozialdemokratie zu fördern, denn wenn keine Aufklärung erfolge, würde man annehmen, daß die Staatsbehörden „der Einführung eines achtstündigen Maximal-Arbeitstages wohlgeneigt gegenüberstehen“. Wenn dieses bei der Militärverwaltung wirklich der Fall sein sollte, so dürfte man bei anderen, der Sozialdemokratie nicht in gleichem Maße abgeneigten Staatsverwaltungen erst recht auf ähnliche Anschauungen sich gefaßt machen.

Wer sich der ungezählten kriegsministerlichen Reden gegen die Sozialdemokratie und der jüngsten gegen uns gerichteten Verordnungen erinnert, wird die ganze Lächerlichkeit der Befürchtungen des Organs für Stimmliche Gewaltpolitik ermeßen können. Die fraglichen Maßnahmen, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, sind offenbar im wohlverwogensten Interesse der Militärverwaltung getroffen worden. Aber selbst diese Interessen sollen zurücktreten, um auch nicht nur den Schein zu erwecken, als ob irgendwo und unter irgend welchen Umständen eine Forderung der Sozialdemokratie Anerkennung finde. Die „Kölnische Volkszeitung“ bemerkt treffend zu dem Erguß, die „D. V. Korr.“ „würde sich auch kaum erhitzen haben, falls es etwa um eine gegen die Arbeiter gerichtete Maßregel sich gehandelt haben würde. Eine arbeitervreundliche aber bringt sie sofort in Harnisch, selbst gegen die Militärverwaltung, die doch wohl erhaben ist über den Verdacht, die Sache der Sozialdemokraten zu fördern“.

Die Art der „Scharfmacherei“, wie sie Stumm und seine Nachbeter und Nachtreter treiben, wird nachgerade blödsinnig.

Der Reichstagswahl in Schlettstadt wird nicht mit Unrecht eine erhebliche politische Bedeutung beigelegt. Das Ergebnis der Wahl ist schon merkwürdig, wenn man es nur mit den Ziffern der Wahl von 1893 vergleicht. Damals erhielt bei starker Wahlbetheiligung (11 805 gültige Stimmen bei 15 428 Wahlberechtigten) in dem zu fast 83 pZt. katholischen Wahlkreise Schlettstadt Herr Böhlmann, der eingewanderte Protestant, 6686 Stimmen, der eingeborene katholische Pfarrer Glöckler nur 4865; Böhlmann's Vorsprung betrug 1821 Stimmen; jetzt hat dieser sich bei erheblich gesteigener Betheiligung (13 387 ohne zersplitterte Stimmen) in ein Minus von 2913 verwandelt; Böhlmann verlor gegenüber dem Ergebnis vor drei Jahren 1449, während die Gegenpartei 3285 gewann. Die Sozialdemokratie kommt in dem Kreise noch wenig in Betracht; sie brachte bei der letzten Wahl nur 185 Stimmen auf.

Die „Köln. Volksztg.“ bezeichnet den Ausgang als nachträgliche Rechtfertigung des Beschlusses durch welchen der Reichstag die Wahl Böhlmann's trotz dessen großer Mehrheit wegen amtlicher Wahlbeeinflussung für ungültig erklärte; „es ist eine freie Wahl im Gegensatz zur Angstwahl vor drei Jahren, die Selbstbefreiung der Wählerschaft von der Furcht, daß eine „schlechte“ Wahl ihre schwere materielle und sonstige Nachteile eintragen könne, der Veruch mit Vorstellungen, die noch aus der Zeit der französischen „Präfekten-Wahlen“ sich herübergeschleppt hatten. Der Kreis hat einen niederschmetternden Protest erhoben gegen die offiziellen Kandidaturen und gegen eine Verwaltung, welche die „Germanisirung“ der Reichsländer durch die Aufrechterhaltung der Diktatur und verwandter Dinge betreibt. Es wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, die Beschwerden des Landes mit dem Hinweis auf seine Erwählten zurückzuweisen und die Diktatur als ein harmloses Institut zu behandeln, von dem die Bevölkerung eigentlich nichts merke und nichts wisse.“

Nebenbei ist das Wahlergebnis eine wohlverdiente Gemüthung für einen Ehrenmann, dem die Wahl von 1893, ohne jedes Verschulden von seiner Seite, sein Amt gekostet hat.

Die „Frankf. Ztg.“ bedauert, daß nicht ein entschiedener links stehender Kandidat mit zur Auswahl gestanden habe und hebt hervor, daß ohne diesen sich der Wahlgegenschlag darauf zuspitzte: hier der Regierungsmann, hier der Unabhängige, hier der Altdeutsche, hier der Elsäßer. „Wir haben gleich Anfangs darauf hingewiesen, wie sachlich unzutreffend dieser Gegensatz sei, da man Spieß, den Vorstand der elsässischen Volkvereine, den Gefinnungsgeossen des altdeutschen Zentrums, weder schlechtweg in Gegensatz zur Regierung bringen könne. Indessen gelang es abermals, die Wahl in die Welt des Gefühls zu transferieren, und zwar nicht ohne Mitverantwortung der Partei Böhlmann. Denn die Freunde dieses Regierungsbeamten entließen sich nicht, daß Votum des Reichstages über die Kassation der 1893er Wahl in den Staub zu zerren, es als parteiisch zu bezeichnen, und es geradezu einen „Schlag in's Gesicht der Wähler“ zu nennen, den diese sich nicht gefallen lassen dürften; der Wähler Ehre sollte es angeblich erfordern, abermals Böhlmann zu wählen und damit dem Reichstage zu zeigen, daß sie 1893 nicht berufen worden seien. Diese Spekulation hat ein gründliches Fiasko erfahren und die planmäßige Schmähung des Reichstages sich schwer gerächt. Denn stellt man die Frage so, dann ist darauf nur eine Antwort möglich: ja, 1893 sind die Wähler beunruhigt worden, sie haben aus Angst vor der Verwaltung für Böhlmann gestimmt und sind jetzt, wo der gleiche Apparat nicht wieder funktionirte und ihnen die Angst genommen war, in hellen Haufen in das gegnerische Lager übergegangen. Denn nach der Wahlbetheiligung sind die Stimmen, die Böhlmann verlor, ohne Einbuße an Spieß gefallen. Es zeigt sich hier dieselbe Erscheinung wie in Neu-Ruppins-Templin: der Verwaltungsbeamte ist ein abhängiges Organ der Regierung und die Wähler wollen keinen Vertreter, von dem sie annehmen, daß er nicht völlig frei in der Wahrung ihrer Interessen ist.“

Der Werth der Anberaumung der Wahl auf einen Sonntag ist durch die starke Betheiligung scharf hervorgehoben worden. Es zeigte sich, daß die Wahl am Sonntag keine üblen Erscheinungen zeitigt und den Wählern das Wahlgeschäft ganz erheblich erleichtert. Auch der Freiheit der Wahl dient sie jedenfalls besser wie der Werktag, weil es am Sonntag nicht gut angängig ist, Untergebene in geschlossenen und streng beaufsichtigten Trupps zur Urne zu führen; am Sonntag kann auch der Arbeiter unkontrollirt seine eigenen Wege gehen. Deshalb muß nach dem einmal gegebenen Beispiel um so nachdrücklicher die Forderung erhoben werden, alle Wahlen auf den Sonntag zu verlegen.

Ueber den Reichthum des Deutschen Reiches enthält das soeben erschienene statistische Jahrbuch pro 1896 eine Werthberechnung auf den Kopf der Bevölkerung, wonach der Durchschnitt für das ganze Reich 129 Mark beträgt. Die erste Stelle nimmt ein Mecklenburg-Strelitz mit 260 Mk.; es folgen Schleswig-Holstein mit 256, Mecklenburg-Schwerin mit 247, Oldenburg mit 205, Hohenzollern mit 201, Württemberg mit 189, Hannover und Bayern rechts des Rheins mit 177, Waldeck mit 175, ganz Bayern mit 169, Braunschweig mit 167, Ostpreußen mit 159, Schaumburg-Lippe mit 156, Brandenburg und Provinz Sachsen mit 154, Sachsen-Weimar mit 152, Westpreußen mit 148, Lippe mit 145, Anhalt mit 130, Sachsen-Altenburg mit 128, ganz Preußen und Baden mit 127, Württemberg mit 126, Polen und Schwarzburg-Sondershausen mit 124, Sachsen-Koburg-Gotha mit 119, Rheinbayern mit 117, Hessen-Nassau mit 116, Hessen mit 115, Elsaß-Lothringen mit 113, Westfalen mit 106, Sachsen-Meinungen mit 104, Schlesien mit 102, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß i. L. mit 87, Königreich Sachsen mit 85, Reuß a. L. mit 82 und Rheinpreußen mit 77 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. — Wie man sieht, führt das Land der Obotriten sein Ochsenwappen mit vollem Recht.

Neue koloniale Entdeckungen bringt das „Berl. Tagebl.“ Sie betreffen den Austritt des Kommandeurs der Kameruner Schutztruppe, Rittmeisters v. Stetten, und dessen Verhältnis zum Gouverneur v. Kamerun v. Puttkamer. Wenn sich die Angaben des Blattes bestätigen, so wird ohne den noch anderweitig in Aussicht gestellten Kolonialskandal die nächste Kolonialdebatte im Reichstage sehr interessant werden. Wir wollen deshalb unsere Leser auch von vornherein über den Inhalt der Mittheilungen informieren, ohne freilich für denselben eine Gewähr übernehmen zu können. Es wird da nun u. A. erzählt:

Im Juni 1894 wurde seitens des Reichskanzlers Herr von Stetten die Stellung des Kommandeurs der neu zu schaffenden Kameruner Schutztruppe übertragen. Zugleich wurde ihm, da er um demnächstige Verwendung im Verwaltungsdienst gebeten hatte, die Zustimmung gemacht, daß er für seine Person die Funktionen eines stellvertretenden Gouverneurs erhalten sollte. Als Gouverneur von Kamerun aus dem Amte schied, übernahm v. Puttkamer in Kamerun die Funktionen des stellvertretenden Gouverneurs. Entgegen der ihm gemachten Zusage war Herr v. Stetten mit diesem Amte nicht betraut worden. Von Puttkamer war nicht der Mann, sich in Kamerun allerorts die für einen Gouverneur unbedingt erforderliche Achtung zu verschaffen. Gewisse Gerüchte über seine Antezedentien waren nicht dazu angethan, seine Untergebenen mit großem Respekt vor ihm zu erfüllen. Wiederholte Fälle von Trunksucht machten den schädlichsten Eindruck und schädigten die Autorität des Gouverneurs auch in den Augen der Eingeborenen. Seine pekuniäre Verhältnisse brachte ihn in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den in Kamerun ansehnlichen Handelskapitälern. Im Dezember 1894 äußerte im Gouvernementsgebäude zu Vittorio ein Angehöriger der Firma J. u. E. (wohl die Firma Jansen u. Thormählen, Reb. d. L. B.) zu einem

Beamten: „Uns kann Puttkamer nur recht sein, er ist uns zwar noch Einiges schuldig, wir kreditiren ihm gern noch mehr, wenn er uns nur in der Länderfrage entgegenkommt.“ Wohl in Folge der Mächte lange Beschäftigung erkrankte Puttkamer häufig am Schwarzwasserfieber und war auch deshalb wiederholt unfähig, seinen Posten zu versehen. Erprobte wurde er bereits nach sechs Monaten, an dem Tage, an welchem Zimmerer zur Disposition gestellt wurde, zum Gouverneur von Kamerun ernannt. Während seiner blühenden Kameruner Epoche ist v. Puttkamer durchschnittlich drei Monate im Jahre im Amte und neun Monate auf Urlaub gewesen.

In dienstlichen Beziehungen zwischen v. Puttkamer und v. Stetten war es mehrfach gekommen. Der Letztere fungirte bereits mit der Absicht, um Enthebung von seinem Posten einzukommen, da ereignete sich folgender, höchst merkwürdiger Fall: Der Rittmeister v. Stetten hatte seine aus zwei Zimmern bestehende Amtswohnung im Gouvernementsgebäude. Als er nach dreimonatlicher Abwesenheit aus dem siegreichen Burenkriege heimkehrte, vernahm er in dieser Wohnung, deren Bewachung er seinem Vorgesetzten anvertraut hatte, mehrere koloniale Wäcker und einen werthvollen Atlas. Auf Befragen theilte der Vorgesetzte ihm mit, daß der Gouverneur in von Stetten's Abwesenheit in dessen Wohnung jeden Winkel durchsucht, sich besonders mit den Schriftstücken beschäftigt und die in Frage stehenden Wäcker mitgenommen hätte. Als von Stetten den Gouverneur zur Rede stellte, leugnete dieser, sandte ihm aber einen kleineren Atlas als Ersatz. Stetten ließ damals die Sache auf sich beruhen. Einige Wochen später, als er sich anschickte, gegen die Wäcker ins Feld zu ziehen, vernahm er seinen werthvollen Kompass, von dem er genau wußte, daß er ihn in einer Schließkiste verwahrt hatte. Der Vorgesetzte wieder der Gouverneur habe ihn weggenommen. Puttkamer jagt damals grade wieder an Schwarzwasserfieber krank. In Folge dessen wollte v. Stetten einen persönlichen Konflikt vermeiden. Er sandte deshalb zu dem Gouverneur zwei Herren hin, einen Offizier der Schutztruppe und einen höheren Beamten, und erst auf deren dringliche Vorstellungen gab v. Puttkamer endlich den entnommenen Kompass heraus.

Schweiz.

Das hat gerade noch gefehlt, daß deutsche Militär-Fanatiker die Außerföhler Krawalle gegen das schweizerische Milizsystem fruktifizieren. Es ist die militärfromme nationalliberale „Straßburger Post“, welche meint, daß Polizei allein gegenüber solchem Aufruhr der Massen nicht helfen kann. „Da kann nur Militär helfen — und daß dieses so spät kam, ist eine Folge des Milizsystems.“ Sobald das Militär aber einmal da war, konnte die Ruhe im Nu hergestellt werden. Man könnte es ja einmal versuchen, wenigstens in den großen Städten eine Abtheilung Fußvolk unter Waffen zu halten, die monats- oder halbmonatsweise abzulösen wäre.“

Die schweizerische Presse weist diese Vorwürfe und Zumuthungen mit Promptheit und Entschiedenheit zurück. Namentlich sind es die „Basler Nachrichten“, welche das Milizsystem gegenüber den Uebernehmlichkeiten des Straßburger Blattes energisch in Schutz nehmen. Sie hoben in ihrer Polemik hervor, daß am Mittwoch, den 29. Juli, Vorm. 9 Uhr, der Regierungsrath in Zürich das Aufgebot der Bataillone 70 und 71 und einer Schwadron Dragoner beschloß, um 10 Uhr in den Dörfern am See Alarm geschlagen wurde und daß die Mannschaften bereits um 2 Uhr Nachmittags in Zürich und in voller Ausrüstung, versehen mit der Nothmunition von 30 scharfen Patronen, in Reihe und Glied standen. Bekanntlich hat der schweizerische Soldat seine volle Ausrüstung, sowie auch die Nothmunition in seiner Wohnung, so daß er binnen einer halben Stunde schon marschfertig sein kann, eine Schnelligkeit der Mobilisirung, wie sie kaum rascher bei den stehenden Heeren, und die ein glänzender Beweis für die Zweckmäßigkeit des Milizsystems ist. Das Blatt weist das zugemuthete stehende Heer aber noch aus anderen triftigen Gründen zurück. „Das wäre der erste Schritt auf der schiefen Bahn des Militarstaates“, schreibt es, „des stehenden Heeres, der Posten mit geladenem Gewehr, der militärischen Machtvollkommenheit, auf das Volk zu schießen usw. Es wäre die Durchbrechung des schweizerischen Systems, das sich nicht nur bewährt hat, sondern das auch durch die historische Entwicklung sanktionirt ist und sich heute noch oder heute wieder als den annehmbarsten Modus darstellt, die Forderung der nationalen Vertheidigung mit dem demokratischen Bewußtsein zu vereinigen. Wer nach einem stehenden Heere ruft, der leant die schweizerischen Verhältnisse und die Volksseele, die in der Schweiz frei sich regen will, nicht!“ Schließlich sagt das Blatt sehr zutreffend: „Ein Ort namens „Fuchsmühl“ ist in der Schweiz nicht zu finden!“

An Fuchsmühl reißen sich Bochum, St. Antonienhütte usw. — lauter Schönheiten des deutschen Polizeinnd Militärstaates, die nur Nationalliberale anderen Ländern als Vorbilder empfehlen können!

Oesterreich-Ungarn.

Telegraphisch wird aus Wien gemeldet: Die gestern Abend abgehaltenen 10 sozialdemokratischen Arbeiter-Versammlungen wurden wegen heftiger Aeußerungen über den Wiener Zarenbesuch und wegen Angriffen auf die russische Regierung größtentheils vorzeitig aufgelöst. Die nicht aufgelösten Versammlungen nahmen eine Resolution an, welche die Thätigkeit des gegenwärtigen Gemeinderaths verurtheilt.

England.

Der parlamentarische Ausschuß über „Noth wegen Arbeitslosigkeit“ hat am 7. d. M. seinen Bericht übergeben. Der Ausschuß hat seine vielen Vorfragen auch nicht an Weisheit übertroffen. Er steht rathlos da, was er vorschlagen soll, damit alle Arbeitslosen oder wenigstens die schuldlos außer Arbeit gekommenen, Arbeit erhalten sollen. Die ganze Sache meint der Ausschuß, stehe noch im Versuchsstadium. Alle ihm unterbreiteten Pläne

würden mit den allergrößten praktischen und ökonomischen Schwierigkeiten verbunden sein. Der Ausschuß ist deshalb außer Stande, eine weitgehende Aenderung der gegenwärtigen Armen-Gesetzgebung zu beantragen. Wünschenswerth wäre es, daß die Versuche, die zur Zeit in vielen englischen Städten in der Sache unternommen wurden, fortgesetzt würden. Der Aufenthalt im Arbeitshause sollte nicht, wie bisher, an und für sich den Verlust des Wahlrechts nach sich ziehen. Die unverschuldete Armuth sollte nicht noch obendrein einen gesetzlichen Makel tragen.

Im gegneten deutschen Reiche christlicher Religion gelten solche Vorschläge als staatsfeindlich.

Schweden und Norwegen.

Das von den Sozialdemokraten in Norwegen durchgeführte allgemeine kommunale Wahlrecht mit Proportionalwahl ist bekanntlich vom Storting angenommen und von Unionskönig sanktionirt worden. Wir bemerkten, daß die Sanktion durch den König mit sehr gemischten Gefühlen erfolgt sein müsse, eine Unterlassung aber den Konflikt zwischen Norwegen und Schweden wieder herbeiführen werde, von diesem Konflikt man aber „oben“ nachgerade genug habe. Daß die Geschichte nicht so glatt abliefe, wie es den Anschein hatte, wird nun noch nachträglich offenkundig, denn es hatte sich um die Einwirkung der Sanktion dieses Gesetzes durch den König ein ziemlich heftiger Kampf im Schooße des Ministerrathes entsponnen. Wie bestimmt verlautet, gingen die Meinungen der Mitglieder des Kabinetts bis zum letzten Augenblicke scharf auseinander. Die vier zur radikalen Partei gehörigen Minister erklärten es für unbedingt nothwendig, das Gesetz zu sanktioniren, während die vier konservativen Kabinettsmitglieder entschieden gegen die Sanktion waren. Das moderate („gemäßigte“) Mitglied der Regierung war prinzipiell gegen die Sanktionirung, gab aber gleichzeitig die Erklärung ab, daß es die Verantwortung für die Folgen einer Sanktionsverweigerung nicht auf sich nehmen könne. Den Radikalen, sowohl innerhalb wie außerhalb des Storting, war diese Spaltung erwünscht und sie versuchten, das Koalitionsministerium zu Fall zu bringen, indem sie ihren ganzen Einfluß aufwendeten, um die radikalen Kabinettsmitglieder für den Fall der Sanktionsverweigerung zur Einreichung ihrer Demission zu veranlassen. Die Situation war also ziemlich verwickelt, allein die drohende Ministerkrise wurde dadurch vermieden, daß der König das Wahlgesetz sanktionirte und gleichzeitig die vier konservativen Minister, gegen deren Wunsch die Sanktion erfolgte, aufforderte, trotzdem im Kabinet zu bleiben. Diesem Wunsche fügten sich die bezeichneten Kabinettsmitglieder und so bleibt das Koalitionsministerium auch weiterhin am Ruder.

Rußland.

Der Petersburger Streik hat, so melden bürgerliche Blätter, die Polizei veranlaßt, eine spezielle Abtheilung geheimer Polizisten zu organisiren, die über die Arbeiterbevölkerung der Residenz zu wachen hat. Die Mitglieder der Arbeiterpolizei werden verschiedenartig wirken, als verkappte Arbeiter in den Fabriken und auch außerhalb derselben. Alle verdächtigen Arbeiter soll die neue Polizei nach ihrem Gutdünken sofort verhaften. — Während des Streiks wurden 25 Flugblätter mit aufreizenden Lehren gegen die Kapitalisten, die Regierungs-Institutionen und staatlichen Autoritäten verbreitet, nun soll versucht werden, das Erscheinen und das Verbreiten solcher Flugblätter mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern.

Nach der „Pos. Ztg.“ plant die Regierung, auf dem Wege der Gesetzgebung einen Normalarbeitstag festzustellen, um dadurch auf die aufgeregten Arbeitermassen, besonders aber auf die Weber, die von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends bei einständiger Mittagspause arbeiten müssen, beruhigend einzuwirken. Die Weber spielten in dem neulichen Streik bekanntlich die Hauptrolle.

So ganz und gar scheint also Väterchen Zar sich nicht auf die alleinseligmachende Polizei zu verlassen, darum der Versuch mit der sozialen Reform — der vorläufig freilich erst auf dem Papiere steht.

Der General-Gouverneur von Warschau, Graf Schuwalow, der kürzlich einen sechsmonatlichen Urlaub erhalten hat, wird nach dem „Berl. Tagebl.“ nach Ablauf dieses Urlaubs nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Die Gründe des bevorstehenden Rücktritts des Grafen Schuwalow sind mehr persönlicher als politischer Natur. Es scheint, daß einige einflußreiche Gegner des Grafen bei diesen Vorgängen ihre Hand im Spiele haben. Als Nachfolger des Grafen Schuwalow wird der Gouverneur von Transkaspien, Generalleutnant Kurpatin, genannt.

Griechenland.

Die Lage auf Kreta gestaltet sich immer bedrohlicher. Während in Konstantinopel die Vertreter der Mächte ihre Zeit mit Konferenzen über die gemeinsamen Maßnahmen vergeuden, ohne daß eine Einigkeit zu Stande kommt, benutzen die Aufständischen die Gelegenheit, so lange die Küste noch offen, sich von Griechenland her weiteren Entfesseln zu verschaffen. Der griechischen Regierung gelingt es nicht, zu verhindern, daß fortwährend Freiwillige, gut mit Kriegsmaterial versehen, nach Kreta durchschlüpfen. Besonders bedenklich erscheint aber der Umstand, daß neuerdings auch Offiziere der regulären griechischen Armee desertieren, um auf Kreta die Fahne des Aufsturus zu entrollen. So lange dies, wie es im Fall des Sohnes des Adjutanten des Königs,

Bassos, geschah, vereinzelt blieb, mochte es hingehen. Aber eine Massendeckung, wie sie neuerdings gemeldet wird, ist ein so ungeheuerliches Vorkommnis, daß dadurch doch die Lokalität der den Wachtendienst versehenen griechischen Behörden stark in Zweifel gezogen werden muß. Trotz der strengen Maßregeln der Regierung und der strengen Ueberwachung der Küsten ist es nämlich acht jungen Offizieren, welche den besten griechischen Familien angehören, gelungen, nach Kreta abzureisen mit einigen 50 Personen, darunter bekannten Journalisten. Die Nachricht hat große Bewegung hervorgerufen.

Aus amtlichen türkischen Quellen wird festgestellt, daß neuerdings eine ganze Reihe griechischer Schiffe mit Freiwilligen und Kriegsmaterial an Bord auf Kreta angekommen ist. Am 24. Juli landete an der Südwestküste der Insel das griechische Schiff Savric mit Kriegsmaterial. Am 28. Juli im Distrikt Menotadi ein griechischer Dampfer mit Kriegsmaterial; am 2. Aug., westlich von Heraklion, eine Bande von 200 und bald darauf eine andere von 50 Freischärnern, neben diesen sechs griechische Offiziere. Die Aufgabe dieser ist es, im Verein mit den von Sphakia ausgesandten Banden den mittleren und östlichen Theil der Insel zu rekonstruieren, was auch zum Theil schon gelungen ist. Eine größere Bande landete unter dem Brigantenschef Saroni bei Mylati. Das Schiff des griechischen Kaufmannes Diokoli vermittelt seit etwa 5 Wochen den Verkehr zwischen den Aufständischen und Griechenland. Dieses Schiff allein soll bis jetzt etwa 1200 Freiwillige nach Kreta übergeführt haben. Bei der Rückfahrt nach Griechenland nehmen die Schiffe die Weiber und Kinder der Auführer mit, damit diese mehr Aktionsfreiheit bekommen. Neuerdings sind wieder 600 neue Flüchtlinge nach Kapria gefandt worden. Hier und in Piräus befinden sich gegenwärtig 7000 Flüchtlinge.

Lübeck und Nachbargebiete.

18. August.

Achtung, Schuhmacher! In der Werkstatt der Firma Baurerfeind haben Gesellen die Arbeit wegen Differenzen eingestellt. Wir bitten jeden Kollegen, der sich mit den Ausstehenden solidarisch erklärt, vor Annahme von Arbeit an hiesigen Orte vorher an den Arbeitsnachweis, Lederstraße 3, zu wenden.

Amtsvertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senator Dr. Klug hat Senator Wolpmann den Vorstz in der Baudeputation und in der Kanalbaubehörde, sowie in der Vorsteherchaft des k. k. Geistes-Hospitals übernommen.

Straßenbenennung. Seitens des Senates ist der in der Vorstadt St. Jürgen belegene Straße des Bebauungsplans, welche die Körnerstraße in der Richtung von Osten nach Westen schneidet, der Name — Oberbeckstraße — beigelegt worden.

Verdingung. Die Maurer- und Zimmerarbeiten einschließliche Materiallieferung für den Erweiterungsbau der Irrenanstalt in Lübeck sollen im Wege des öffentlichen Verdingens in zwei Loosen vergeben werden. Angebote sind bis zu dem am Montag, den 17. August 1896, Vormittags 10 Uhr stattfindenden Verdingungstermine an das Stadtbauamt einzureichen.

Das Verbot der Einfuhr von leicht gesalzenem Schweinefleisch aus Dänemark. Im Auftrage des Senats wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Verordnung vom 14. Dezember 1875, durch welche die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Dänemark in das Lübeckische Staatsgebiet verboten ist, auch auf solches Fleisch Anwendung findet, welches nur angesalzen ist, ohne eigentlich gepökelt zu sein. Es unterliegen hiernach insbesondere Wagen, Mieren, Leber, Zungen und Würstchen von Schweinen aus Dänemark, wenn sie nur oberflächlich gesalzen sind, dem Einfuhrverbot, während sie zur Einfuhr zugelassen werden dürfen, wenn eine vollständige Durchpökeln derselben erfolgt ist.

Zum Bau des Elbe-Trave-Kanals. Seit einigen Wochen hat man schon mit den Ausschachtungsarbeiten des Elbe-Trave-Kanals unterhalb der Sophienstraße begonnen. Drei Schachtmeister sind zusammen mit ca. 90 Mann mit Ausheben und Abfahren der Bodenmassen beschäftigt. Gleich von Anfang an hat man schon mit Wasser zu kämpfen, welches mittelst einer Maschine ausgepumpt wird. Der Boden ist schlechter Moor mit Flußsand vermischt. Was das Wasser anbetrifft, so scheint dieses nach unserem Dafürhalten kein Grund, sondern Tageswasser zu sein. Es ist mithin die Aussicht vorhanden, daß, sobald der Ausstich erst so tief getrieben ist, daß ein Bodenwechsel stattfindet, sich auch das Wasser allmählich verzieht. Dieses wäre aber auch sehr wünschenswerth, denn es ist gewiß nicht angenehm für einen Arbeiter in solchem Moraste täglich 11 Stunden zu arbeiten. Der Tagesverdienst der dort beschäftigten Arbeiter beträgt für Akkordarbeiter pro Tag 3 bis 3,50 Mark. An Stundenlohn wird 30 Pfennige pro Stunde gezahlt. Fast sämtliche thätige Erdbarbeiter sind wie wir erkennenliche Weise berichten können, aber auch gleichzeitig auf Grund des von Herrn Bering gegebenen Wortes vorausgesetzt, nur Lübecker. Desgleichen wurde uns auch von einem dort beschäftigten Aufsichtsbeamten bestätigt, daß an sie von der Firma der Antrag ergangen sei, nur hiesige und keine fremde Arbeiter einzustellen. Mit den dort zu beschäftigten Maurern scheint jedoch dieser Befehl ganz und gar außer Acht gelassen zu werden. Wie uns nämlich aus sicherer Quelle mitgeteilt worden ist, hat am Dienstag ein Schachtmeister in verschiedenen Lokalitäten der Stadt fremde Maurer gesucht. Dieser Mann, welcher vielleicht nur ein etwas besser begabter Erdbarbeiter ist und noch nicht einmal weiß was Verband, geschweige Maurern heißt soll ganz unterhöhlen geäußert haben, er könne die hiesigen Maurer nicht gebrauchen. Sollten wir hier nicht mit einem Hochflabler, sondern mit einem thatächlichen Bering'schen Untergebenen zu thun haben, so können wir, falls der Auftrag von der Firma angeht, diese nur an ihr gegebenes Wort erinnern, welches da lautet: „So lange die Arbeitskräfte Lübecks anreichen, beschäftigen wir nur solche und keine auswärtige Leute.“ Von einem Mangel an Lübecker Arbeitskräften kann jedoch bis jetzt noch durchaus keine Rede sein. Denn wie man von den Schachtmeistern hört, kommen täglich hunderte von Lübecker Arbeitslosen und halten Nachfrage. — Wie bei allen Bauten, wo sich viele Neugierige sammeln, so fehlt es auch hier nicht an Wichtigwern. Nämlich

einer der etwas mehr wie ein gewöhnlicher Arbeiter zählender und schon anfangs, Haare im Gesicht zu bekommen, verucht es, durch allerlei Krautausbrüche den Arbeitern gegenüber das Können der Zuhauer auf sich zu lenken. Wir haben allerdings aus diesen Gebahrungen des Menschen seine Bildung erkannt. Wir hoffen, daß wenn in den nächsten Tagen weitere Gerüchlichkeiten ankommen, und alsdann der Bauangriff einen größeren Umfang annimmt, allen sich etwa zeigenden Mißständen durch die Firma abgeholfen wird.

Vom Schlachthaus. Im Monat Juli 1896 wurden im hiesigen öffentlichen Schlachthause 23 Ochsen, 37 Bullen, 302 Kühe und Starke, 518 fette Kälber, 213 magerne Kälber, 4 Lämmer, 3 Ziegen, 1431 Schweine, 670 Schafe, 28 Pferde, zusammen 3229 Thiere geschlachtet, gegen 4502 Thiere im gleichen Monat des Vorjahres. Von den geschlachteten Thieren wurde 1 Kuh wegen Tuberkulose und Bauchwasserlucht, 2 magerne Kälber wegen Unreife, 1 magerne Kalb wegen Brustfellentzündung, 1 Schaf wegen Darmentzündung, 1 Schaf, 1 Ziege wegen cachektischer Abmagerung beanstandet und ganz vernichtet. Im Dampf-Desinfektor wurden 5 Kühe, 7 Schweine, 2 fette Kälber wegen Tuberkulose 1 Schwein wegen Psorospermieninfektion getödtet. Bedingungen sind freigegeben (nicht abgestempelt) und zwar: Im Schlachthause gepökelt: 1 Kuh wegen Finnen. Für die Thiere des Zoologischen Gartens: 1 Kuh wegen Abmagerung. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 479 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden, nämlich: 180 Ninderlungen, 1 Kalbsunge, 121 Schweinelebern, 1 Schafunge, 5 Pferdelebern, 31 Ninderlebern, 44 Schweinelebern, 8 Schaflebern, 13 Nindermilzen, 23 Schweinelebern, 11 Ninderlebern, 20 Schweinelebern, 30 Brustfelltheile von Kindern, 1 Brustfelltheil vom Kalb, 9 Brustfelltheile von Schweinen, 15 Bauchfelltheile von Kindern, 6 Ninderpanzen, 1 Schweineleber, 4 Ninderdärme, 3 Schweinelebern, 1 Schweineleber, 1 Kuhuter, 5 Ninderalt, 1 Ninderney, 884 Hg. Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthause untersucht. 19 Hg. Kalbleisch wegen mißfarbiger Beschaffenheit, 1 Ninderunge wegen Tuberkulose wurden vernichtet. Dem Schlachthause sind als Marktwich 116 Ochsen und Bullen, 318 Kühe und Starke, 327 fette Kälber, 92 magerne Kälber, 4 Lämmer, 1 Ziege, 1210 Schweine, 535 Schafe, zusammen 2603 Thiere, zugeführt worden.

In welcher Weise die Handelswelt sich vor den nachtheiligen Folgen der Anwendung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu schützen versucht hat, darüber finden wir im „Manufakturist“ einen noch heute schätzenswerthen Beitrag. Das genannte Blatt schreibt:

Ein Berliner „Spezial-Neße-Geschäft“, das in vielen Städten Niederlassungen hat, informirte seine Filialinhaber in gleichlautenden Schreiben wie folgt:

„Berlin W., den ... Herr ... Ich sehe mich veranlaßt, Sie hierdurch ergehe aufmerksam darauf zu machen, daß das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs am 1. Juli d. J. in Kraft tritt. Für unsere Branche kommen vorzugsweise die Bestimmungen der §§ 1 und 4 des Gesetzes in Frage, nämlich Ausschreibung im Reklamewesen. Ich gebe Ihnen diese beiden Paragraphen hier in Abschrift. (Folgen die bekannten Paragraphen.) Sie wollen aus denselben erkennen, daß es sich nicht bloß um öffentliche Bekanntmachungen, bestehend in Plakaten und Inseraten, handelt, sondern daß auch Mittheilungen getroffen werden, welche für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind. Diese können unter Umständen auch schon in Neßierungen gefunden werden, welche laut vor einer größeren Zahl von Kunden im Geschäftslokal gemacht werden. Ich lehne alle Verantwortung für eine jede Ausschreibung auf dem bezeichneten Gebiete des unlauteren Wettbewerbs, welches Sie vorzubehalten sollten, hiermit ab, da Sie solche lediglich allein zu tragen haben, nachdem ich Sie heute auf das jetzt in Kraft tretende Gesetz speziell aufmerksam gemacht und Ihnen die erforderlichen Weisungen erteilt habe. Auch wollen Sie Ihr Personal entsprechend informieren. Ich empfehle Ihnen insbesondere, alle Arten von Veröffentlichungen, z. B. Plakate, Inserate und Beilagen, die Sie beabsichtigen, nicht eher zu effektuieren, als bis Sie mir die Texte zur Durchsicht und Genehmigung vorgelegt haben. Die Führung der Bezeichnung „Spezial-Neße-Geschäft“ und alle Bezeichnungen, welche zu der Ansicht führen, daß „Neße“, d. h. Leberbleibel verkauft werden, müssen unter allen Umständen von jetzt an unterbleiben, es sei dann, es liegen wirkliche Neße einmal vor (1), und es wird auf dieses einmalige Vorkommen von Neßen in Ausnahmefällen besonders hingewiesen. Sie wollen also sofort etwa vorhandene Firmenblätter, Briefbogen, Adresskarten und sonstige Drucksachen, welche diese Bezeichnung tragen, beseitigen und nicht mehr verwenden.“

Das ist wirklich kostbar! Mit den Neßen in den „Neße-Geschäften“ ist es also wie mit den Hasen in der „Hasenbaude“ — es sind „keine drin“! Und das sagen die ehrbaren Väter von Treu und Glauben erst, nachdem ihnen das neue Gesetz auf die Nähte rückt. Wie viel „Dummie“ unter dem lieben Publikum werden sich da an die langen Ohren fassen müssen!

Tivoli-Theater. Heute Donnerstag findet eine Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen Schauspiels: „Verlorene Ehre“ mit Herrn Blöss a. G. statt, und zwar wieder zu ermäßigten Preisen. — Am Freitag geht zum Benefiz für unseren allbeliebten jugendlichen Helden Herrn G. Köhler Herrsch's „Anna Liese“ mit dem Benefizianten als „Leopold“ in Scene. Herr Köhler hat es verstanden durch sein edles fein durchdachtes Spiel, durch sein Temperament und Wärme sich die Sympathien des Publikums im höchsten Maße zu erwerben, und wird ihm daher ein volles Haus sicher sein.

Ueber die Höhe der Zinsen bei städtischen Leihhäusern in Deutschland theilt die „Soziale Praxis“ Folgendes mit: Bei den städtischen Leihanstalten Deutschlands erfolgt die Zinsberechnung auf zwei verschiedene Arten. Entweder wird von dem Werthe der Pfänder stets derselbe Prozentsatz als Zins gefordert, oder dieser Satz ist nach der Höhe des Werthes abgestuft. Nach einer Aufstellung des Magistrats von Mannheim, die gelegentlich einer Statuten-Neuordnung beim dortigen Leihhaus gemacht wurde, gehören von 25 deutschen Städten 18 in jene Kategorie, indem (3) Freiburg, Metz, Oppeln 10 Proz., (15) Bamberg, Bayreuth, Berlin, Bonn, Breslau, Chemnitz, Danzig, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Götting, München, Paderborn, Posen, Wiesbaden, Würzburg 12 Proz. erhoben. Von den 7 Städten mit Zinsabstufung konnten 4 nur 2 Stufen; Straßburg und Naumburg setzen die Grenze bei 30 Mark und berechnen darunter 24 und darüber 12 Proz. Waizen fordert bei gleicher Grenzziehung darüber 10 und darunter 18 Prozent; Heidelberg erhebt unter 150 Mark 10 und darüber 8 Proz. Nur drei Städte scheiden die Objekte dreifach: Köln und Altona berechnen für Pfänder über 30 Mark 12, darunter 18 Proz., nur die untere Grenze, bis zu der sie 24 Proz. erheben, ziehen sie verschieden: Köln bei 15, Altona bei 10 Mark. Die größte Abstufung kennt das Mannheimer Leihhaus, das nach seinem neuesten Statut vier Heidelberg, bis 150 Mark 10 Proz., aber dann hier von abweichend bis 300 Mark 8 und darüber 6 Proz. erhebt; Straßburg, Naumburg, Köln und Altona sind danach die theuersten; Mannheim das billigste, indem es sowohl nach unten wie nach oben die niedrigste Verzinsung beanprucht. Als Mindestbetrag an Zinsen sind, wie in Heidelberg und Freiburg, 10 Pf. festgelegt (während in Frankfurt a. M. der Zins mindestens für 3 Monate auch bei kürzerer Belehnungsfrist erhoben wird). Da 1895 in Mannheim 75 Proz. der Pfänder sich auf einen Zinsbetrag von 3 bis 4 Pfennigen stellen, tritt für 1/4 der Pfänder eine erhebliche Besserung ein.

Verunglückt. Eine 55 Jahre alte Tagelöhner-Wittwe zu Borrade fiel am Montag Nachmittags von einem mit Roggenkörben beladenen Erntewagen, wobei sie sich schwere innere Verletzungen zuzog.

Ein Opfer der Trave wurde am Dienstag Nachmittags eine beim Pastoren in Selmsdorf zum Besuche weilende Dame beim Baden in der Trave bei Schlutup, vermutlich infolge eines Schlaganfalls. Nach der Leiche wurde sofort von Schlutupern Fischer gefischt und dieselbe auch aufgefunden. Wie wir noch erfahren, ist die verunglückte junge Dame die 18jährige Tochter des Pastoren Krüger in Hamburg.

Eine Kollision fand gestern Morgen auf dem Traverewier zwischen dem englischen Kohlendampfer „Stamvit“, Kapl. Fowler, und zwei Baggerprähmen, welche von dem städtischen Dampfer „Neptun“ geschleppt wurden, statt. Der Dampfer „Stamvit“ kam stromaufwärts gefahren, während der Dampfer „Neptun“ mit sechs Prähmen im Schlepptau stromab fuhr; hierbei wurde zuerst der vierte und danach der fünfte und vorletzte Prähm im Schleppzug vom Dampfer angerannt und letzterer zum Sinken gebracht. Die Besatzung des fünften Prähms konnte noch glücklicherweise rechtzeitig auf einen anderen Prähm überspringen, so daß Menschenleben bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen sind. Der gesunkene Prähm liegt fast in der Mitte des Fahrwassers. Wasserbaufestigung wurde sofort die Hebung des gesunkenen Fahrzeuges angeordnet und mit den Vorbereitungen hierzu begonnen. Dem Dampfer wurden bei der Kollision an der Backbordseite zwei Platten beschädigt.

Brake. Auf das hiesige eiserne Barkschiff „Else“, Kapl. Lammers, welches am 19. Mai von Talcahuano mit einer Ladung Weizen nach England abging, sind in London Rückversicherungen zu 75 bis 78 pZt. abgeschlossen worden. Zwar giebt die Reisedauer zum Bedenken noch keinen Anlaß, da das Schiff erst 78 Tage unterwegs ist; jedoch hat der von Greenock in Talcahuano angekommene Dampfer „Cavour“ Ende Mai ein Boot mit dem Namen „Else“ aufgefischt und in der Nähe des Bootes verschiedene Brockstücke passirt, woraus man schließt, daß dem Schiffe ein Unfall zugestoßen ist. Es ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß die „Else“ das Boot und einige Deckgegenstände nur im Sturme über Bord verloren hat und sonst wohlbehalten der Heimath zukehrt.

Schönberg. Hamburger Waisenkinder in Mecklenburg. Nicht geringes Aufsehen hat hier ein Vorfall erregt, bei dem ein von der Hamburger Waisenhausoberleitung hier in Pflege gegebenes Mädchen beheimlicht ist. Das Mädchen kam im Jahre 1894 zu dem Lehr-Boye in Selmsdorf bei Schönberg in Pflege und war damals 13 Jahre alt. Es blieb im Hause des B. bis zu seiner Konfirmation im Jahre 1895. Während dieser Zeit soll B. nach Angabe des Mädchens sich gegen dasselbe unsittlich vergangen haben. Der Dienstherr des Mädchens, dem dasselbe Mittheilung davon machte, veranlaßte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, letztere aber lehnte ein Einschreiten ab, weil, wie sie ausführte, die Angaben des Mädchens unglaubwürdig seien. Dagegen wurde Boye veranlaßt, gegen das Mädchen wegen Verleumdung zu klagen und letzteres wurde denn auch wegen Beleidigung des Boye zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt, obwohl es seine Beschuldigungen gegen Boye mit aller Bestimmtheit aufrecht erhielt und dieser auch zugab, das 14 Jahre alte Mädchen bei sich im Bette gehabt zu haben! Die gegen das Urtheil seitens des Hamburger Waisenhauskollegiums zu Gunsten des Mädchens eingelegte Berufung war erfolglos, obwohl Boye nicht bestritt, daß das Mädchen bei ihm geschlafen habe, jedoch die Vorannahme von Unsittlichkeiten leugnete, während das Mädchen bei seiner früheren Bekundung blieb, die aber keinen Glauben fand, weil das Mädchen Neigung zum Lügen und eine „unteufliche Phantasie“ besitzen soll. Das Mädchen hat die Gefängnißstrafe verbüßt, dagegen ist von anderer Seite die Staatsanwaltschaft wiederholt angegangen worden, gegen Boye strafrechtlich einzuschreiten, weil man denselben allgemein für schuldig hielt, weshalb auch verschiedene Eltern dort ihre Kinder aus der Schule nahmen, in der derselbe nach wie vor unterrichtete. Pezzeichnend für die sittlichen Verhältnisse im Obotritenlande in denen die Hamburger Waisen gegen unsittliche Einflüsse geschützt werden sollen, ist nun die Antwort des Staatsanwaltes in Neustrelitz auf eine solche Anzeige. In derselben heißt es, nachdem der Hergang der Sache wie oben kurz recapitulirt ist: „Boye hat niemals in Abrede genommen, daß er nicht nur mit der Wende in einer Stube geschlafen, sondern sie auch einige Male in sein Bett genommen habe. Da er aber die Wende als Kind im Hause gehalten und ein Vater mit seiner jugendlichen Tochter in den ländlichen Verhältnissen sehr häufig dieselbe Schlafstelle und dasselbe Bett theilt, so kann dem Boye ein Vorwurf nicht gemacht werden. — Also wenn die Pfleger in Mecklenburg ihre vierzehnjährigen weiblichen Hamburger Pfleglinge zu sich in's Bett nehmen, so ist ihnen daraus kein Vorwurf zu machen! Dann begreifen wir wirklich nicht, weshalb man in Hamburg die Waisenkinder der Mutter oder den Verwandten wegnimmt, um sie hier nach Mecklenburg zu senden, wo sie hingeblich gegen unsittliche Einflüsse besser geschützt sein sollen, als in Hamburg. In Hamburg hubigt man unseres Wissens etwas anderen Anschauungen, als den im obigen Staatsanwaltschaftlichen Bescheid kundgegebenen.“

Neueste Nachrichten.

Hammerfest. Der Dampfer „Sofsten“ kam heute früh hier an und brachte die Meldung, daß André bis zum

4. d. Mts. noch nicht aufgestiegen war. Dreißig Meilen südlich von Spitzbergen bekam die „Lofoten“ Südwind. Es sei daher möglich, daß Andree am Sonntag aufgestiegen ist.

Das „Reuter'sche Bureau“ berichtet vom Dienstag dieser Woche aus Ottawa in Kanada:

Die Regierung erhielt aus Viktoria in British-Columbia folgende Drahtmeldung: Der Agent Louis erhielt von zwei zur Zeit weit von einander entfernten Indianer-Trupps die glaubwürdige Nachricht, daß Andree's Ballon unter 55 Grad 15 Min. nördlicher Breite und 127 Grad 40 Min. westlicher Länge mit fast nördlichem Kurse beobachtet worden sei.

Trotz der Versicherung, daß die Nachricht glaubwürdig sei, wird man sie mit allergrößter Voracht aufnehmen müssen. Daß der von den Indianern beobachtete Ballon der Andree'sche ist, wird vermuthlich daraus geschlossen, daß andere Ballons dort nicht erwartet werden. Auch in Stockholm wird die Nachricht nicht geglaubt. Alle Blätter veröffentlichen die Sache mit der größten Reserve und bezeichnen sie als Erfindung.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingekandt.)

In Bezugnahme des gestrigen Eingekandt der noch bei Herrn Baurenfeind in Arbeit befindlichen Gesellen, darunter derjenige, welcher in seiner ganzen Handlungsweise unsozialistisch genannt werden muß, wollen wir gemahnen, resp. freiwillig ausgehörten Arbeiter nur einige Worte erwidern. Es würde sich gewiß in keiner Weise mit der Würde eines organisierten Arbeiters in Vereinbarung bringen, die Entstellung unserer gerechten Sache, wie aus betreffenden Eingekandt hervorgeht, mit längeren Ausführungen zu widerlegen. Genügt es uns doch vollständig, daß wir die gesammelte organisierte Arbeiterschaft Lübeck's auf unserer Seite haben, indem sich 3 Versammlungen mit uns solidarisch erklärt haben, um unserer

gerechten Sache zum Ziele zu verhelfen. Jedem organisierten Arbeiter wird wohl genügend einleuchten, daß es erste Pflicht der Organisation ist, die Schuhmacher durch Sperre darauf aufmerksam zu machen, daß sie bis nach Beilegung der Differenzen vermeiden, in der Baurenfeindschen Schuhfabrik in Arbeit zu treten. Sodann möchten wir den Schreibern dringend an's Herz legen, daß der Verein Deutscher Schuhmacher die aufgestellten Forderungen in keiner Weise an die dort noch in Arbeit stehenden Gesellen gestellt hat, sondern wegen derselben nur mit Herrn Baurenfeind in Verbindung getreten ist, die derselbe zu unsern größten Bedauern in der Hauptsache nicht für annehmbar erachtet. Die Ansage der Einsender, die aufgestellten Forderungen als Infamie öffentlich zu betrachten, wird von den Vertretern der Organisation gebührende Antwort empfangen. Die weitere Behauptung der Schreiber des mehr tragikomischen Eingekandt, sich als organisiert zu betrachten, hat wahrhaftig in der organisierten Arbeiterschaft Lübeck's nur ein mittelbares Lächeln hervorgerufen, während die Beleidigung seitens der Einsender, die den 3. Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle des Vereins Deutscher Schuhmacher, der sich des größten Vertrauens seiner Gewerkschaft erfreut, treffen sollte, nur mit Verachtung und Achselzucken gestraft wird.

Briefkasten.

Gewerkschaftsausflug. Komiteefestung: Sonnabend, den 15. August, Abends 9 Uhr, bei Schlichting.

Lübecker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund	12. August.
Weizen 14 Mk. — Pf. bis 14 Mk. 50 Pf.	
Roggen 11 " — " 11 " 25 "	
Gerste 11 " 50 " 12 " — "	
Hafer 12 " — " 13 " — "	
Erbsen 11 " 50 " 12 " — "	
Gelbe Roßerbsen 14 " — " 16 " — "	
Bohne 14 " — " 16 " — "	
Rappsaat 18 " — " 18 " — "	
Milben 17 " 50 " 17 " 75 "	

Sternschau, Viehmarkt.

Hamburg, 12. August
Der Schweinehandel verlief langsam.
Zugeführt wurden 950 Stück, davon vom Norden 62 vom Süden — Stück. Preise: Verlanndtschweine schwere 43—45

leichte 45—46 Mk., Sauen 36—40 Mk. und Ferkel 42—44 Mk. pr. 100 Pfd.

Angesommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Mittwoch den 12. August.
Vormittags
10,30 Aurora, Schloß, von Neustadt in 12 St.
Nachmittags
1,30 D. Falke, Schacht, von Neustadt in 1 St.
1,55 D. Thor, Maden, von Ralskov in 8 St.
4,50 D. Dana, Johansen, von Karlskrona in 23 St.
5,40 Marta, Maden, von Kronstadt in 12 St.
Donnerstag den 13. August.

Vormittags
4,20 D. Palmstab, Lundin, von Kopenhagen in 13 St.
5,35 D. Perita, Ohlson, von Christiania in 2 T.
7,35 D. Hylens Haab, Nielsen, von Ralskov in 12 St.
7,55 D. Stralsund I, Meyer, von Wismar in 8 St.
Abgegangen:
Mittwoch den 12. August.

Vormittags
8,40 Marie Amalie, Engel, nach Wismar.
10,40 Dsmo, Ulla, nach Nyssab.
10,40 Constante, Joenison, nach Münsleras.
Nachmittags
12,10 D. Meta, Ehler, nach Fehmarn.
2,— D. Livadia, Veudfeldt, nach Aarhus.
4,20 Christine, Dittmer, nach Heiligenhafen.
4,30 D. Adler, Fischer, nach Wismar.
7,30 D. Rajaden, Müller, nach Kopenhagen.
7,50 D. Gauthiod, Rydell, nach Stockholm.
Donnerstag den 13. August.

Vormittags
6,— Anna Louise, Hinz, nach Cappel.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr 8: 6,54
WNW., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Kant ist in Königsberg angekommen.
D. Burg ist von Stettin nach Ralskov abgedampft.
D. Marie Louise ist von Kronstadt auf hier abgegangen.
D. Dora ist von Danzig nach Windau abgedampft.
D. Hebe ist von Jacobstadt nach hier abgegangen.
D. Nawa ist von Sundsvall auf hier abgedampft.
D. Afrika ist in Rostock angekommen.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Bekanntmachung.

Trotz der über meine Werkstatt ungerecht verhängten Sperre wird unverändert mit 5 Gesellen weitergearbeitet.

F. Baurenfeind, Schuhfabrik.
32 Mühlenstr. 32.

Zum 1. Oktober ein leeres heizbares Zimmer in der Carlstraße zu vermieten.
Näheres Vorbeckstraße 16.

Tüchtige Schneiderin empfiehlt sich zur Anfertigung von Damen- u. Kinder-Garderoben bei soliden Preisen.
Näheres Hansastraße 69, 2. Etage.

Ein älterer Mann sucht leichte Beschäftigung. Angebote unter V. W. an die Exped. d. Bl.

Ein starkes Fahrrad zu verkaufen.
Wilhelmshöhe 5.

Fahrrad-Lustreisen zu verk. Pr. 150 Mk.
Mühlenstraße 30

Brantente! 1 Sopha, 4 Polsterstühle, neu, gut gearbeitet, sehr billig zu verkaufen.
Große Gröpelstraße 21.

J. N. Nissen
Breitestraße 21 Fernspr. 403
empfiehlt sein großes Lager in

Steingut-, Porzellan- und Glas-Gebrauchs-Artikeln.
Gute Waaren zu bekannt billigen Preisen.

Wichtig für Canal-Arbeiter!!!
Empfehle sehr gute getragene

Anie- und Halbstiefel zu sehr billigen Preisen.

Außerdem empfehle mein großes Lager in neuen und getragenen Kleidungsstücken zu besonders billigen Preisen.

38 Marlesgrube 38.

No. 50 Vorzügliche 5 Pfg. Anstich-Sigarett!
Eigenschaftsbuch 5. Wih. John.

Folckers Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfiehlt

gut gearbeitete Sophas von 25 Mark an.

Öffentliche soziald. Partei-Versammlung

am Montag den 17. August, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Stehr, 2. Wallstraße.

Tages-Ordnung:

1. Das Bauernlegen in Mecklenburg. Referent Gen. Th. Schwarz.
2. Stellungnahme zu dem am 13. September in Lübeck stattfindenden Parteitage.

Die Vertrauenspersonen.

Was ist Stabil?

Stabil ist das neu-erfundene patentirte Solienersatzmittel, welches die Sohlen von Schuhwerk so dauerhaft macht, dass sie mindestens 3mal länger halten als gewöhnlich.

Kolossale Geldersparnis!

Zahlreiche Anerkennungen.
1 Dose Stabil zum Preise von 50 Pfg. reicht für 6 Paar Sohlen.
Probierlose gegen Einsendung von 70 Pfg. in Briefmarken, Postkarte, welche 30 Dosen enthält, Mk. 2,50, franko p. Cassa.
Wiederverkäufer erzielen ein grossartiges Geschäft.
Prospecte, Placate etc. gratis.
Reisende, die Stabil als Nebenartikel mit auf die Tour nehmen, können sich in je Tausend Mark verdienen.

Adresse: Stabi-versandt L. Zabransky, Laubegast - Dresden.

Keine Tintenflecken mehr!

Radierwasser,

das Beste auf diesem Gebiete, entfernt augenblicklich von Papier Tintenflecken, ganze Zeilen etc., gleichviel ob mit schwarzer oder andersfarbiger Tinte geschrieben, (auch Copierlino und Stempel-farben).

ohne irgend eine Spur zu hinterlassen.



Ein Flacon reicht Jahre lang. Probe franko gegen Einsendung von 50 Pfg. in Marken, Postkarte, welche 50 Flacon enthält, franko Mk. 2,50 netto Cassa. Jeder Beamte, Studierende, Schüler, überhaupt jeder Schreibende ist Käufer. Grosser Artikel für Wiederverkäufer, Prospecte, Anerkennungen u. s. w. gratis.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die

Adler-Brauerei.

Inh.: G. Teichgräber.

Deutsche Orts- und Landeskunde.

Neumanns

Orts-Lexikon des Deutschen Reichs,

britte, neubearbeitete Auflage,

mit 31 Städteplänen, 3 Karten und 276 Wappenbildern.

In Halbleder geb. 15 Mk. oder 26 Bieferungen zu je 50 Pf.

Ein Jahrbuch ersten Ranges, enthält in ca. 70,000 Artikeln alle auf Deutschland bezüglichen topographischen Namen, sämtliche Staaten und deren Verwaltungskreise sowie alle irgendwie erwähnenswerten Ortschaften, die Einwohnerzahlen, die Erhebungen über die Religionsverhältnisse, Angaben über die Verkehrsanstalten, Banken, Behörden, Kirchen, Schulen, die Garnison, Gerichtsorganisation, Industrie, Handel und Gewerbe sowie zahlreiche historische Notizen.

Prospecte gratis, die erste Lieferung zur Ansicht.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Die Schweineschlachtere

W. Strohfeldt

73 Glockengießerstraße 73

empfehlend:
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Karbonade Pfd. 60 Pf.
Kopf und Bein Pfd. 20 Pf.
Speck, fett u. mager Pfd. 55 Pf.
Kalbfleisch Pfd. 35 Pf.
Nur hiesige Waare.

Sammlung

gemeinverständlicher Abhandlungen.

Wovon lebst Du?

Eine der besten Agitationsbroschüren.
Aus dem Russischen übersezt von Simon Dykstein.

Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.

Öffentliche Kartell-

Versammlung

am Freitag den 14. August, Abends präcise 9 Uhr, bei Herrn Blohm, Hundestraße 41.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit Herrn Baurenfeind.
2. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann.

Club Germania.

Sonntag den 16. August:
Sommer-Fest

verbunden mit Herren-, Damen- und Kindervergütigen Ball-Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Fremdeneinführung gestattet. Eintritt 50 Pf. Der Vorstand.

Tivoli-Theater

Freitag den 14. August: Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Beneß für Georg Köhler. Die Anna-Liese. Historisches Schauspiel in 5 Akten von Gerst.

Nachdem: Gastspiel von Fr. Frieda Schorer. Romeo und Julia. (3. Akt.) Julia - Frieda Schorer a. G.

Zum Handwerksorganisations-Entwurf

Ist jetzt auch die Begründung im „Reichsanzeiger“ publiziert. Wenn die Länge (sie umfaßt 22 Spalten des „Reichsanzeigers“) es allein thäte, so müßte die Begründung als sehr gewichtig gelten. Aber Länge allein thut nichts. Inhaltlich bewegen sich die Gründe in trügerischen Schlussfolgerungen. Daraus, daß in Preußen 8000 Innungen bestehen, wird z. B. der Schluss gezogen, daß „die alte Tradition der Zusammengehörigkeit der Berufsgenossen noch für weite Kreise des Handwerkerstandes von Bedeutung ist, und auch die Form, welche der Gesetzgeber für einen solchen Zusammenschluß dargeboten hat, als eine geeignete gelten muß“. Aber es muß in den Motiven gleichwohl zugegeben werden, daß der überwiegende Theil der Handwerker den Innungen ferngeblieben ist. Den Grund dafür suchen die Motive darin, daß der Geist des Gemeinwesens in den breiten Schichten des Handwerkerstandes nicht lebendig genug sei. Das ist jedoch eine Täuschung. Zunftzwang und Innungszwang sind überlebte Institutionen, von denen die Mehrzahl der Handwerker nichts mehr wissen will; deshalb findet sich auch nur der zehnte Theil derselben in den Innungen. Die Motive meinen, deshalb hätten die auf Freiwilligkeit beruhenden Innungen nicht die persönlichen Kräfte und die finanziellen Mittel gewonnen, die sie befähigt haben würden, eine allgemeine Besserung der Lage des Handwerks herbeizuführen. Ihre Thätigkeit sei vielmehr im Allgemeinen auf verhältnißmäßig enge Grenzen beschränkt geblieben, und auch da, wo sie in größerer Zahl errichtet worden und weitere Kreise des Handwerkerstandes ihnen beigetreten sind, hätten sie die Wirksamkeit, zu der sie an sich befähigt sind, nicht in vollem Maße entfalten können, weil sie in ihrer gegenwärtigen Organisation des sichern Bestandes ermangeln, indem es jedem einzelnen Mitgliede in jedem Augenblicke unbenommen ist, sich den Folgen ihm lästiger und seinen unmittelbaren Interessen vielleicht zuwiderlaufender Beschlüsse und Anordnungen der Innungen durch den Austritt zu entziehen. Die logische Folgerung hieraus würde gewesen sein, eine Einrichtung aufzugeben, von der die überwiegende Mehrzahl aller Handwerker nichts wissen will. Statt dessen wird nun versucht, im Wege des Zwanges sämtlichen Handwerkern eine Organisation aufzuzwingen, die nur einem kleinen Theil derselben genehm ist. Die Motive verweisen auf die Uebereinstimmung der Staatsregierung mit weiten Kreisen des Handwerkerstandes, insbesondere mit den Vertretern des organisierten Handwerks. Diese Uebereinstimmung der Regierung mit den Zünftlern beweist aber herzlich wenig. Die Zünftler sind selbstverständlich für eine Organisation, in der sie die erste Geige spielen und mit deren Hilfe sie ihre weiteren Forderungen durchsetzen wollen. Der Befähigungsnachweis, der von den Zünftlern gefordert wird, wird abgewiesen. Die Motive erklären, die Regierung vermöge „nicht der, namentlich von dem organisierten Handwerk unterstützten Forderung der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises als der

allgemeinen Voraussetzung für den Beginn des handwerksmäßigen Betriebes zu entsprechen, da sie sich weder von der Zweckmäßigkeit, noch von der Durchführbarkeit dieser Maßregel überzeugen kann. Die in der Sache liegenden großen Schwierigkeiten, welche bei den Aufgaben des vorliegenden großen Entwurfs zu überwinden sind, würden übrigens auch bei einer gegentheiligen Auffassung dringend davon abzurathen, eine die Interessen des Handwerks so tief berührende und selbst in den Kreisen der Beteiligten streitige Frage gleichzeitig mit der vorgeschlagenen Organisation zur Erledigung bringen zu wollen.“

Der Entwurf findet im Allgemeinen wenig Freunde. Selbst in Zünftlerkreisen ist man nicht befriedigt, denn ihnen bringt der Entwurf noch nicht genug. So erklärt die antisemitisch-zünftlerische „Staatsbürgerzeitg.“:

Die Zwangsinnung der Zukunft sei nicht Dasjenige, was das deutsche Handwerk braucht, um in der Konkurrenz mit der ausländischen Industrie durch Güte und Preise seiner Arbeit bestehen zu können. Deshalb ist diese auch für dasselbe unannehmbar. Nur wenn der § 82b die Fassung erhält: „ein Gewerbe, für welches die Innung errichtet ist, darf nur Derjenige selbstständig betreiben, welcher die Mitgliedschaft bei derselben erlangt hat“, werde Dasjenige erreicht, was dem Handwerke zum Segen gereichen kann. Der Innung der Zukunft fehlen alle charakteristischen Merkmale einer Innung, so daß sie nur einer unter deren Namen stehenden Fachgenossenschaft gleichkommt. Der Erfolg der geplanten Handwerksorganisation werde nur ein weiterer Rückgang des Handwerkerstandes sein, indem alle Diejenigen ihren Betrieb einstellen werden, welche übernommene Verbindlichkeiten charakterfest zu erfüllen pflegen, aber sich außer Stande halten, die erwachsenden hohen Beitragsverbindlichkeiten erfüllen zu können.

Auch die den Zünftlern nahestehende „Post“ hat bei allem Lobe, daß sie der neuen Berufsorganisation zu Theil werden läßt, verschiedene Schattenseiten entdeckt. So bezeichnet sie als erhebliche Schattenseite die Ausdehnung der Organisation auf die Kleinmeister, die allerdings eine Nothwendigkeit sei. Die Kleinmeister haben ein persönliches Interesse weder am Lehrlings- noch am Herbergswesen oder dem Arbeitsnachweise und allen Einrichtungen, welche sich auf die Arbeitsverhältnisse der Gesellen beziehen. Sie sind zugleich finanziell und persönlich zumest leistungsschwacher als ihre besser gestellten Gewerbesgenossen. Sie werden daher auch häufig nicht nur Ballast in der Innung sein, sondern gerade einen Hemmschub für eine kräftige Thätigkeit der Innungen bilden.

Weiter seien die Häufung der Wahlen, der Aufwand von persönlichen und finanziellen Leistungen, welche die Organisation erfordert, ernste Schattenseiten derselben, würden aber ebenso, wie ein starkes Eingreifen des Staates als Korrelat des Zwanges, als notwendige Folgen der Zwangsorganisation in Kauf zu nehmen sein. Die Durchführung der Organisation will die „Post“ nicht den Bezirksregierungen zuweisen. Man würde dort

die Gefahr bürokratischer Schablonisirung laufen; die örtliche Natur der Innung weise vielmehr die Innungsbildung den örtlichen Organen der Verwaltung, dem Landrath und den Bürgermeistern der größeren Städte, als Aufgabe zu. Was aber die Unterscheidung von der Fabrik anlangt, so entsteht die Gefahr zwiespältiger Entscheidungen, wenn hier zweckmäßiger Weise die Entscheidung in die Hand der Verwaltungsbehörden gelegt wird, während sie betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung dem Gericht zusteht.

Die den zünftlerischen Wünschen sehr zugängliche Zentrumspresse hat ebenfalls Mancherlei an dem Entwurf auszusetzen, sucht jedoch den Anschein zu erwecken, als ob mehr Licht als Schatten in demselben sei. Vor Allem wird das Fehlen des Befähigungsnachweises und die starke behördliche Bevormundung getadelt.

Auf entschiedenen Widerstand stößt der Entwurf in der freisinnigen und auch in der nationalliberalen Presse. So schreibt z. B. die „Nationalztg.“:

„Mit Bezug auf den bürokratischen Thurmbau von Babel, den das preussische Ministerium unter dem Namen einer Organisation des Handwerks versucht, geht eine Mittheilung durch die Presse, wonach die Zustimmung des Bundesraths als gesichert anzusehen wäre; bei großen Gesetzesentwürfen, die von Preußen im Bundesrath eingebracht werden und nicht Finanz- und Steuerinteressen der Einzelstaaten berühren, sei ein Widerspruch sehr selten und die Zustimmung des Bundesraths meist schon von Anfang an gesichert. Wir bezweifeln, daß der vorliegende Entwurf, der als ein „großer“ doch höchstens wegen seiner unformlichen Länge bezeichnet werden könnte, zu der erwähnten Kategorie von Vorlagen zu zählen ist. In Süd- und Mitteldeutschland ist das Innungswesen fast überall so vollständig ausgestorben, daß uns die Zustimmung der Regierungen der süd- und mitteldeutschen Staaten zu der „Organisation“, zumal Angesichts des sich gegen dieselbe erhebenden Widerspruchs, doch recht problematisch erscheint.“

Auch die Münchener „Allgem. Btg.“ bemerkt:

„Der Wortlaut des Entwurfs ist nicht im Stande, das Urtheil umzustossen, daß es sich hier im Großen und Ganzen um ein wirtschaftspolitisches Experiment mit untauglichen Mitteln an einem untauglichen Objekt handle. Studirt man die Liste der Gewerbe, die nach dem Entwurf in Zwangsinnungen organisiert werden sollen, so fragt man sich bei der guten Hälfte derselben: Wo sind denn überhaupt in dieser Berufsart die Handwerker, die vernünftigerweise organisiert werden und von der Organisation einen Vortheil haben können? Daß der Entwurf die Möglichkeit vorficht, das Verzeichniß der für die Zwangsinnung in Betracht kommende Gewerbe durch Abordnung der Landes-Zentralbehörden für die verschiedenen Bundesstaaten abzuändern, kann zwar die Annahme des Entwurfs im Bundesrath erleichtern, aber diese Durchbrechung der Reichseinheit auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung kann andererseits die Sympathien für den Entwurf unmöglich erhöhen, denn sie ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß man auch innerhalb der Regierung über die Erspießlichkeit der Zwangsorganisation verschiedener Ansicht ist.“

Die Rahe eines Häßlichen.

Roman von W. Widdern.

(25. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Schnell legte sich jedoch wieder ein Schatten über Eugens Gesicht:

„Nein, nein, Schwester — das ist nicht möglich! — die Baronin von Waldburg hat nur einen ihrer Söhne in das stolze Herz geschlossen. Und das ist Curt. Wenn sie trotzdem hierhergekommen, um sich von meinem Ergehen zu überzeugen, so — that sie es — weil —“ jetzt klang die Stimme des Kranken hart — „weil sie wußte, es hing viel — unfähig viel für ihren Liebling davon ab — daß ich am fünfundzwanzigsten Juni — noch nicht Herr meiner Sinne sei. — Unterbrechen sie mich nicht, Schwester,“ setzte er hastig hinzu, als Hermine beschwörend die Hand hob. Und noch einmal tief Athem holend, rief er grollend: „Ja, ja, es ist so wie ich Ihnen sage.“

„Herr Doktor?“
Über der Patient schien plötzlich jede Lust verloren, das begonnene Gespräch fortzuführen. Denn er zog die schwarzen Brauen finster zusammen und wandte den Kopf nach der Wand.

Ob er schlafen wollte? Hermine glaubte es kaum. Dennoch wagte sie nicht, noch ein Wort an ihn zu richten.

Als sie dann aber ihre Anstalten für die Nachtwache machte, richtete sich der Doktor plötzlich wieder im Bett auf und sagte barsch:

„Friedrich soll heute bei mir bleiben. Aber zu wachen hat auch er nicht nöthig,“ setzte der Kranke hinzu. „Sorgen Sie dafür, Schwester, daß er sich ein Lager zurechtmacht.“

„Aber wenn ich Sie bitte, Herr Doktor, meine Pflicht

als Krankenpflegerin auch heute erfüllen zu dürfen?“ fragte die Baronin jedoch.

„So würde ich trotzdem verlangen, daß Sie nun selbst der Ruhe pflegen,“ entgegnete Stieler in einem Ton, der Hermine zwang, ihm gehorsam zu sein. Dennoch konnte sie nicht anders, als noch einmal einzuwerfen:

„Ich bin aber durchaus nicht müde, Herr Doktor, da Frau Hinrichs sich mit mir in die Nachtwachen getheilt hat.“

„Trotzdem will ich, daß Sie gehen, um heute ungestört zu ruhen!“ rief der Kranke ungeduldig.

Wie es Eugen von Stieler befohlen, war am nächsten Vormittag sein Rechtsbeistand und Jugendfreund bei ihm erschienen. Er hatte eine lange Unterredung mit dem Refonvaleszenten, während deren der Doktor sich natürlich die Gegenwart Schwester Minna's verboten.

Klopfenden Herzens hatte das junge Mädchen in dieser langen Stunde in ihrem eigenen Gemach, in der Fensterstube gesessen.

„Jetzt giebt er den Auftrag, Papas Wechsel zu protestieren,“ flüsterte sie dabei mit zuckenden Lippen, „Warum fand ich auch nicht den Muth, noch heute morgen für den Vater und damit auch für die Großmutter zu bitten? War's — weil ich jetzt selbst daran glaube, daß das Nachgeklüß in dem Dheim zu groß ist, als daß er auf das Flehen eines geängstigten Kindes hören würde? — Ich vermag mir keine Rechenschaft darüber zu geben. Eins nur weiß ich: daß ich nach einer bösen schlaflosen Nacht mit dem festen Vorsatz hinabging, jetzt bietest Du Deine ganze Ueberredungskunst auf, um den Dheim mit Mutter zu versöhnen. Es ist Deine Pflicht, ihn zu überreden, mit dem Vater Geduld zu haben und ihm eine allmältige Abzahlung zu gestatten. Wie oft ich aber auch die Lippen öffnete, um von der leidigen Angelegenheit zu reden, immer schloß ich sie wieder. Und doch war der

Onkel heute gar nicht so herb und unfreundlich mit mir wie am gestrigen Abend, als er mich aus seinem Zimmer schickte.“

So grübelte sie vor sich hin. Da fuhr sie plötzlich zusammen. Die Hausthür öffnete sich und Rechtsanwält Berger trat auf die Straße.

„Da geht er hin, um das Unglück den Meinen zu besiegeln,“ flüsterte Hermine — unterbrach sich aber, als sie einen Wagen vor dem Hause halten sah.

„Die Gerichtskommission!“

Damit waren ihre Gedanken wieder in eine andere Bahn gelenkt. Was nun dort unten verhandelt werden sollte, das dünkte dem liebenden Frauenherzen doch noch wichtiger, als der Auftrag des Onkels an seinen Rechtsbeistand.

In der That war das Geschick Conrad von Wandelows bereits entschieden, noch ehe Herr von Stieler vernommen werden konnte. Denn als der Polizeikommissar noch spät am Abend, infolge der Aussagen des Minz'schen Knechts, Johann Gutter in seiner Wohnung verhaftete, hatte dieser — wieder total berauscht — Alles sofort eingestanden.

Trotz seines trunkenen Zustandes erzählte er ausführlich, daß er an jenem Nachmittag nach seiner Entlassung aus dem Dienst Herrn von Stieler's kaum eine Viertelstunde neben seinem Better auf dem Sopha in der Waldschenke geschlafen hatte. Erwachend warf er zufällig einen Blick durch das Fenster der Stenktube und da bemerkte er den Doktor, welcher langsam durch den Forst, den Waldburger Weg hinaufschritt.

Eine grenzenlose Wuth bemächtigte sich nun der Seele des Kutschers. Seine Augen richteten sich plötzlich nach einem kleinen Glaschrank. Dort barg Better Minz ein altes Reiterpistol, von dem er ihm erst ganz vor Kurzem erzählt, daß es stets geladen sei, und zwar augenblicklich mit einer der Mischentgelten, von denen ihm der neue

Demnach scheint es noch gute Wege zu haben, bis über den Entwurf eine Einigung erzielt wird. Aber die nichtzünftlerischen Handwerker sollen sich dadurch nicht in läge Ruhe wiegen lassen.

Soziales und Partei-Leben.

Der älteste Parteigenosse im Wahlkreis Halberstadt, Oscherleben, Wernigerode, Genosse Auerwald, feierte am Donnerstag die Vollendung seines 80. Lebensjahres.

Die Aussperrung der Flensburger Werftarbeiter. Selbst die bürgerlichen „Flensb. Nachrichten“ können die Berechtigung der Arbeiterforderungen nicht bestreiten. Sie schreiben in ihrer Wochenschrift: „Von einer Beendigung unseres Streik-Loosout vernimmt man leider noch nichts. Die Schiffbau-Gesellschaft will die Dinge, wie es scheint, an sich herankommen lassen. Die Beilegung des Streiks zu Heilung zu Gunsten der Arbeiter hat anscheinend keinen Einfluß geübt. Wenn dort der am schlechtesten entlohnte Arbeiter über 30 Pf. hinauskommt, so darf man wohl behaupten, daß 30 Pf. hier keine unbillige Forderung ist. 30 Pf. in Dänemark sind nämlich nach den dortigen Lebensverhältnissen viel mehr als 30 Pf. hier zu Lande. Gerade die täglichen Ausgaben sind dort viel geringer als bei uns.“ Der Zustand selbst dauert unverändert fort und wird die Arbeiterschaft, besonders die auf Werften beschäftigte, um kräftige und schnelle Unterstützung gebeten. Geldsendungen sind an Otto Wustrak, Rorderstraße 40, Flensburg, zu adressieren.

Zur Lohnbewegung unter den Eisenbahn-Arbeitern. Den Arbeitern der preussischen Staatsbahnen in Halle, Leipzig, Magdeburg, die bei der Eisenbahn-Direktion Halle um eine Lohnerhöhung petitionierten und sich eine Organisation geschaffen haben, folgen nun auch die Arbeiter der sächsischen Staatsbahnen. So wurde am 7. August in Leipzig in einer Versammlung der Eisenbahn-Arbeiter beschlossen, für die andere Schicht vier Eisenbahn-Arbeiter eine weitere Versammlung zu veranstalten und an die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen eine Petition zu senden, die folgende Forderungen enthalten soll: 1. Erhöhung des Lohnes für sämtliche Arbeiter um 20 pCt.; 2. Bewilligung von jährlich drei hinter einander fallenden Urlaubstagen, die außerhalb der jetzt im Jahre gewährten Ruhetage liegen sollen, und für die der Lohn fortbezahlt werden soll; 3. Gewährung von freier Fahrt während dieser Urlaubstage auf sächsischen, bayerischen und preussischen Bahnen, sowie für die Familienmitglieder auf sächsischen Bahnen. 4. Bessere Abstufung der Lohnzulagen nach Jahresfristen und 5. Weiterzahlung des Lohnes an die zu militärischen Übungen eingezogenen Arbeiter auf die Dauer der Übungszeit. Auch diese Arbeiter nehmen die Schaffung einer Organisation in Aussicht, die mit den Arbeiter-Organisationen anderer Bahnen möglichst durch einen Verband vereinigt werden soll.

Die Kosten des Londoner Kongresses waren sehr beträchtlich. Wir sprechen da nur von den Ausgaben des Exekutivkomitees. Dieselben belaufen sich in runder Summe auf 650 Pf. (13000 Mk.), zu welcher Summe die Trades Unions und die gesammten sozialistischen Organisationen zu gleichen Theilen beigetragen haben. Die Queen's Hall, das prächtige Kongresslokal, kostete allein über 200 Pf. (über 4000 Mk.), und der Abend im Krystallpalast machte einen Zuschuß von 50 Pf. (1000 Mk.) nothwendig. Als die englischen Delegirten in Zürich die Einladung nach London ergehen ließen, versprachen sie, den Kongreß würdig zu empfangen. Und sie haben Wort gehalten. Die brüderliche Gastfreundschaft, die in London den fremden Delegirten bewiesen

Forstassessor vor einigen Wochen, als er seinen gewohnten Schoppen in der Waldschenke trank, ein halbes Duzend geschenkt.

Ohne sich zu befinden, war er nun vom Sopha aufgesprungen, hatte sich bis zum Schrank geschlichen und die alte Schußwaffe aus demselben genommen, um sie unter seinem Rock zu verbergen. Ohne den Schlaf des Schankwirts zu stören, huschte er aus der Stube — trat in den Garten und überstieg das niedere Stadet delfelben.

Kahengleich schlich er dann seinem bisherigen Herrn nach. . . Daß dieser trotzdem die Schritte des Verfolgers vernahm und sich an einer Biegung des Wegs, von Gebüsch verborgen — über die Person desselben orientirte, ahnte Gutter natürlich nicht. Sonst würde er wohl kaum den Muth gefunden haben, sein ruckloses Werk zu vollenden. So aber brühte gleich darauf ein Schuß durch den stillen Forst, und Herr von Stieler stürzte vorüber auf das Gesicht.

Einen Moment dachte der Mörder daran, die Taschen seines Opfers zu plündern, dann schauderte er doch entsetzt vor der Berührung mit dem Niedergestreckten zusammen, welchen er für todt hielt, und flog mehr als er ging, nach der Schenkstube zurück.

Ein Blick nach dem Sopha überzeugte ihn, daß der Vetter noch immer schlief. So trat er denn tief Athem holend wieder an das geöffnete Glaschränkchen. Ehe er die Pistole an ihren alten Platz legte, steckte er vorsorglich ein Kupferhütchen — von denen er im Schrank ein Schächtelchen voll bemerkt — auf das Pistol derselben, so daß die Waffe jetzt wieder den Eindruck machte, als wäre sie geladen.

ward, wird von diesen nimmer vergessen werden; und, wenn man die ungeheueren Schwierigkeiten bedenkt, welche die unermessliche Größe Londons mit sich bringt, wird keiner der fremden Delegirten den Engländern das Zeugniß versagen, daß sie das menschenmögliche gethan haben, um den Kongreß erfolgreich zu machen, und die Kongreßtheilnehmer zufrieden zu stellen.

Aus Nah und Fern.

Berlin. In der bürgerlichen Presse ist es Mode, daß über hervorragende und vornehme Ganner in den Gefängnissen und Zuchthäusern von Zeit zu Zeit Bulletin über deren Wohlfinden herausgegeben werden. Ein solches Bulletin lautet z. B.: „Freiherr von Hammerstein, der sich seit dem 10. d. M. in der Strafankalt Lehrterstraße Nr. 3 (Zellengefängniß) befindet, hat sich jetzt einigermaßen mit seinem Schicksal abgefunden, wenn ihm auch die strenge Hausordnung, die jedwede Erleichterung des Looses der Sträflinge auf Privatkosten ausschließt, besonders in der ersten Zeit nach seiner Ueberführung nicht recht behagen wollte. Am schwersten scheint er sich in die strenge Isolirhaft finden zu können, die ihm die Begegnung und Unterhaltung mit anderen Gefangenen unmöglich macht. Es erstreckt sich diese Vorschrift nicht allein auf das Leben in der Zelle, sondern sie gilt auch außerhalb derselben, insbesondere bezieht sie sich auch auf den Verkehr im sogenannten „Spazierhof“, in der Schule und in der Kirche. Sobald Freiherr von Hammerstein die Isolir-Zelle verläßt, hat er vorchristmähig die Mäste anzulegen, die zugleich den Mänschirm bildet. Was seine Hauptbeschäftigung anlangt, so bestätigt es sich, daß Hammerstein mit Flickarbeiten an Anstaltskleidern beschäftigt wird.“

Die Affäre des ertrunkenen Kürassiers beschäftigt nun die Behörden. Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ veröffentlicht die von ihrem Rechtsanwalte mit den Augenzeugen aufgenommenen Protokolle, deren Verfasser sie dem Divisionsgerichte als Zeugen für den Vorfall angegeben hat. Die Protokolle haben den folgenden Wortlaut:

„Am Sonnabend, den 1. August d. Js., Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, befand ich mich in der Schwimmankalt der Kürassiere hinter der Kürassierkaserne. Ich hatte gebadet und ging in den Badehofen am Floss entlang.“

Ich bemerkte, daß der mir von Person bekannte Unteroffizier Ulrich einen Kürassier an der Angel hatte. Der Kürassier bat wiederholt den Unteroffizier, ihn aus dem Wasser zu lassen, er winelte und stöhnte und sagte mehrfach: „Ach, ich kann nicht mehr.“ Der Unteroffizier gab darauf die Stange an einen anderen Soldaten ab und ging zu dem mir gleichfalls bekannten Lieutenant v. Saurma, der an der Lazarethbude stand und, soviel ich weiß, bisher auf die Vorgänge im Bassin nicht weiter geachtet hatte. Der Unteroffizier meldete dem Lieutenant, daß der Kürassier nicht mehr schwimme. Darauf ging der Lieutenant mit dem Unteroffizier an die Stange. Der Lieutenant befohl dem Kürassier, Tempo zu machen. Dieser machte darauf einige schlechte Bewegungen mit den Armen und Beinen und jammerte dabei: „Ich kann nicht mehr.“ Hierauf befohl der Lieutenant den Unteroffizier, den Strick locker zu lassen. Dies that der Unteroffizier. Der Kürassier kam dabei tiefer in's Wasser und veruchte, durch einige Tempos nach oben zu kommen. Dies gelang ihm aber nicht, sondern er ging unter. Zuerst ließen ihn der Lieutenant und der Unteroffizier eine Weile unten, dann sagte der Lieutenant zum Unteroffizier: „Ziehen Sie ihn hinauf.“ Dies ging nicht so schnell; erst als ein paar Soldaten halfen, kam der Kürassier hinauf, er lag leblos auf dem Wasser und ließ den Kopf hängen.

Der Unteroffizier sagte: „Das A. . . verstellte sich ja bloß.“

Der Kürassier wurde nun aufs Floss gezogen und hingelegt. Der Gurt wurde ihm losgeschmalt, ein Lazarethgehülfe kam herbei und der Kürassier wurde vor die Lazarethbude getragen, wo Wiederbelebungsversuche angestellt wurden.

In diesem Augenblicke wurde ich und ein paar andere Knaben von Kürassieren mit den Worten: „Macht, daß ihr wegkommt“, aus der Bade-Anstalt getrieben.

Ich bemerkte, daß ich von dem Zeitpunkt ab, in welchem

Nun in der Meinung, sich für alle Fälle gesichert zu haben, suchte der Mann das Sopha auf und ließ sich von Neuem auf den Platz nieder, den er eingenommen, ehe er die Blutschuld auf sich geladen.

Trotzdem er die Augen schloß, wollte sich aber der Schlaf jetzt nicht mehr einfänden; doch er stellte sich fest schlafend, als der Schankwirth, welcher kurze Zeit darauf durch die Schreckenskunde seines Knechts: „Daß im Wald ein Mord verübt sei“ — geweckt wurde, ihn hastig rüttelte und schüttelte.

Minutenlang ließ Gutter ihn gewähren, ohne sich in seinem Schnarchen zu unterbrechen. Dann öffnete er endlich die Augen. Aber die Blicke des Glenden schauten so schlaftrunken um sich, daß man es Gotthilf Ming nicht schmer anrechnen durfte, wenn er der Meinung war, Johann Gutter habe die ganze Zeit über fest geschlafen. So war er denn auch in hohem Grade entrüstet, als man den Vetter in den Verdacht zog, das Attentat auf Herrn von Stieler verübt zu haben und machte in voller Seelenruhe jene Aussagen, die das Alibi Gutters nachgewiesen.

„Johann hat ja gar keine Schußwaffe bei sich getragen“, meinte er vorher zu seiner Wirthin. Als diese hierauf aber erwiderte: „Nun dafür hätte er sich ja Ihre Pistole nehmen können, Herr!“ eilte Ming an das Glaschränkchen und warf einen forschenden Blick auf das alte Ding: „Sie ist geladen — wie vorher! Natürlich, natürlich! Hier aber, Alte, seht! Liegen die fünf Kugeln, die von dem Geschenk des Herrn Forstassessors übrig geblieben, als ich die letzte in den Lauf der Pistole gesteckt.“

(Fortsetzung folgt.)

der Lieutenant von dem Unteroffizier hingeholt wurde, unmittelbar neben der Stange an der Barriere des Flosses gefanden und den ganzen Vorfall genau gesehen habe.

Ich kam fast jeden Tag in die Schwimmankalt. Der Unteroffizier Ulrich hatte immer den Schwimmbienst der zweiten Schwabron. Der Kürassier Walter ging immer ungeru in's Wasser und lernte schlecht. Der Unteroffizier Ulrich ließ ihn bestwegen lange im Wasser und suchte und schimpfte oft mit ihm.“

Die „Bresl. Mg.-Ztg.“ bemerkt hierzu, daß der junge Mensch seine Angaben sehr präzise machte, den Verfasser des Protokolls mehrere Male um Verberung bat, überhaupt einen vorzüglichen, glaubwürdigen Eindruck hervorrief.

Der zweite Zeuge, ein Bruder des ersten, erklärte: „Ich habe den Vorfall genau so beobachtet wie mein Bruder und schließe mich seiner Schilderung vollständig an.“

Ich habe an anderen Tagen oft gehört, daß der Unteroffizier Ulrich den Walter geschimpft hat, wenn er nicht schwimmen konnte. Insbesondere hat Ulrich öfters zu ihm gesagt: „Verfluchtes A. . . wenn Du nicht schwimmen kannst, dann geh' unter.“

Und nun die Klaffer der „National-Zeitung“ vor!

Wohlfeiden bei Kassel. Zwölf Zuchthäuser, die bei Feldarbeiten verwendet wurden, sind aus der hiesigen Strafanstalt entflohen. Es ist ein größeres Gendarmarie-Aufgebot aus der Umgegend zusammengezogen worden, um die Flüchtlinge wieder einzufangen. Bisher ist das aber nur bei einem gelungen.

Ein agrarisches Jdyll schildert der nachstehende Bericht über eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts in Marburg, die am 7. d. Mts. stattfand: Am 1. April ds. Js. hatte der Dienstknecht Heinrich Pfeiler den Dienst bei dem Gutspächter Lieutenant Robert Schröder genannt von Gschirp zu Hebel bei Homberg ohne Klündigung verlassen und war deshalb vom Schöffengericht zu Homberg zu zehn Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil legte der Knecht Berufung ein und begründete sie damit, daß er ungenügende und unschmackhafte Kost erhalten und dem Herrn Lieutenant auch mitgetheilt habe, daß er am 1. April außer Dienst gehen werde, wenn kein Wandel eintrete. Einmal, so giebt der Beklagte heute an, habe er gar nichts zu essen bekommen, ein andermal habe das Gesinde ein Kalb verspeisen müssen, das krankheits-halber geschlachtet worden sei. Eine Jugin, das Wirthschaftsfraulein des Gutes, giebt an, daß jenes Kalb eingepöfelt und das Fleisch dem Gesinde auch dann noch zum Essen vorgefetzt worden sei, als es schon über geliehen habe. Sie habe auch der „gnädigen Frau“ von dem Zustande des Fleisches Mittheilung gemacht, aber trotzdem die Weisung erhalten, daß es den Luten weiter gegeben werden sollte. Außerdem wären ihr Vorhaltungen gemacht worden, daß die von ihr ausgetheilten Portionen zu groß seien, und Frau v. Gschirp habe dies Amt dann selber übernommen. Vom Oktober n. J. bis April d. J. seien 18 Leute vom Hofe gegangen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils kostenlos frei. — Ob der Arbeitermangel auf den Glütern, über den unsere Agrarier so viel lamentiren, nicht oft auf ähnliche Ursachen zurückzuführen ist?

Natibor. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Studenten der Medizin Kaschny wegen Herausforderung zweier Offiziere in Greifswald zum Duell zu sechs Monaten Festung. Der Zweikampf war bei Kofel ausgefochten und endigte mit einer Verwundung Kaschny's am Beine.

Dresden. Der wegen großartiger Wechselfälschungen verhaftete adelige Ganner Freiherr von Schorlemmer-Alst in Großenhain leidet seit seiner Verhaftung an der krankhaften Einbildung, sein Geisteszustand sei nicht ganz normal, er sei mithin geisteskrank. Die Berechtigung dieser Einbildung zu prüfen, haben wiederholt auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung tüchtige Irrenärzte den Zustand des adeligen Ganners untersucht; sie sind aber alle zu der Ueberzeugung gekommen, daß von Schorlemmer geistig gesund ist. Die Frage ist insofern von Bedeutung, als der „Freiherr“ bei Geisteskrankheit nur Anwartschaft auf eine Nervenheilanstalt, bei Geistesgesundheit aber Anwartschaft auf's Gefängniß oder Zuchthaus hat.

Ein strenger Winter in Australien. Während die Mitteleuropäer noch vor einer Woche in Bluthitze geschmachtet haben, herrschte und herrscht noch in Australien ein ganz ungewöhnlich strenger Winter. In den blauen Bergen und an zahlreichen Punkten im Süden Australiens liegt fußtiefer Schnee, so daß sogar die Eisenbahnzüge aufgehalten worden sind. Ja, was seit 1836 nicht wieder vorgekommen ist, sogar in Sydney und in Paramatta ist zeitweilig Schnee gefallen, was auch von einzelnen noch weiter nördlich gelegenen Orten, wie Armidale und Teuterfeld, gemeldet wird. In Victoria ist sogar, ein geradezu beispielloses dastehender Fall, ein Mann während des heftigen Schneetreibens vom Wege abgekommen und erfroren. Als die Leiche aufgefunden wurde, war sie buchstäblich im Schnee begraben. Wo kein Schnee gefallen ist, regnete oder hagelte es unaufhörlich, so daß der angerichtete Schaden, namentlich auch unter den Viehbeständen, sehr groß sein dürfte; ein Ueberblick wird jedoch zur Stunde unmöglich gemacht, da die Mehrzahl der Telegraphenlinien in Folge des Unwetters unterbrochen ist. Auch auf der See tobt ein fürchterlicher Orkan.

Newyork. Die Zahl der Todesfälle in Folge Hitzschlag in Newyork und den Vorstädten ist auf 188 gestiegen. Die Krankentransportwagen erweisen sich als unzureichend. Ueberall im Lande herrscht fortwährend große Sterblichkeit.